

Hauptschulen erklären Politik ihre Nöte

VON MONIKA KLEIN

LEVERKUSEN Ihr größter Wunsch: mehrere Jahre einfach unterrichten zu können, ohne ständig wechselnde Programme verschiedener Regierungen umsetzen zu müssen. Das äußerten Leiter von Leverkusener Hauptschulen vor den schulpolitischen Sprechern von CDU, FDP, Bündnis 90/Die Grünen und Freie Wähler. Seit dem Frühjahr hat das Bündnis von Jamaika plus Schulleiter verschiedener Schultypen eingeladen. Mal nicht, um eigene politische Vorstellungen zu vermitteln, sondern sich die Sorgen, Nöte und Anliegen aus der Praxis anzuhören.

Mit den Leitern und Vorsitzenden der Schulkonferenzen aus Haupt-, Real- und Gesamtschulen

haben sie bereits gesprochen, die Vertreter aller übrigen Schultypen sollen noch nacheinander geladen und gefragt werden: „Wo drückt der Schuh?“

Alle bisherigen Gespräche hätten die Einschätzung der Politiker, dass Leverkusen über eine hervorragende und breit aufgestellte Schullandschaft verfügt, bestätigt, sagte Bernhard Marewski (CDU) in der Halbzeitbilanz. Diese Situation wolle man erhalten und – wo möglich – verbessern und stärken. Vor allem sei man auch in Leverkusen auf einen politischen Schulfrieden aus und möchte dem Wunsch nach ruhigen Arbeitsbedingungen, den die Hauptschulleiter äußerten, folgen. Zufrieden seien die bisherigen Gesprächspartner auch hinsicht-

lich der Ausstattung und der baulichen Situation gewesen. Anderes würde man vielleicht von den Grundschulen, mit denen erst in den nächsten Monaten Gespräche vereinbart werden, hören.

„Ein Thema, mit dem sich derzeit alle intensiv befassen, ist die Inklusion“, sagte Monika Ballin-Meyer-Ahrens (FDP). Was genau dahinter stecke oder eine Umsetzung sei für alle noch recht verschwommen. Aber die Gespräche hätten gezeigt, dass man in den Schulen keine Ängste hege, sondern es als Chance sehe und vorbereitet sein wolle.

Als mögliche Idee habe sich ergeben, für jede Schulform eine Inklusionsschule zu entwickeln, die dann auch die baulichen Voraussetzungen erfüllt, um den Eltern

Wahlfreiheit zu garantieren. Auf jeden Fall müssten die Förderschulen erhalten bleiben. Eine Art Vorläufer seien die Kompetenzzentren in Leverkusen, in denen verschiedene Schulen im Sinne benachteiligter Kinder kooperieren und die Grenzen durchlässiger geworden sind.

„Schulsozialarbeit ist Präventionsarbeit“, sagte Dirk Trapphagen (Grüne). Leverkusen hat 13 Stellen für Schulsozialarbeiter ausgeschrieben, die vom Bund bis Ende 2013 finanziert werden. Dieser Impuls kam aus den Realschulen und wurde von der Politik umgehend umgesetzt. Dies sei doch ein gutes Beispiel für die begonnene enge Zusammenarbeit zwischen Schulen und kommunalen Bildungspolitikern, so Trapphagen.